

Zum Verbleib beim Bieter / bei der Bieterin bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben!

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Stadt Herne

für die Ausführung von Bauleistungen

Inhaltsübersicht:

1. Leistungsverzeichnis
2. Technische Regelwerke
3. Preisermittlungen
4. Änderung des Mengenansatzes bei Bedarfspositionen und Stundenlohnarbeiten
5. Ausführungsunterlagen
6. Veröffentlichungen, Vervielfältigungen
7. Baustelle, Baubereich
8. Bautagesberichte
9. Baustellenräumung
10. Kontrollprüfungen
11. Werbung
12. Anlagen im Baubereich
13. Umweltschutz
14. Nachunternehmer/-innen
15. Kündigung aus wichtigem Grund
16. Wettbewerbsbeschränkungen
17. Haftung der Vertragsparteien, Mitteilung von Bauunfällen
18. Abnahme
19. Mängelbeseitigung
20. Abrechnung
21. Preisnachlass / Skonto
22. Rechnungen
23. Stundenlohnarbeiten
24. Zahlungsweise
25. Überzahlungen
26. Abtretung
27. Sicherheitsleistungen
28. Bürgschaften
29. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern/-nehmerinnen
30. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers/ der Auftragnehmerin
31. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen
32. Sprache
33. Teilunwirksamkeit
34. Vertragsänderungen

Hinweis: Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1. Leistungsverzeichnis (§ 1)

1.1 Ist im Leistungsverzeichnis bei einer Teilleistung eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz "oder gleichwertiger Art" verwendet worden, und fehlt die für das Angebot geforderte Bieterangabe, gilt das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als vereinbart.

1.2 Bei Widersprüchen zwischen Leistungsverzeichnis und Zeichnungen geht das Leistungsverzeichnis vor.

2. Technische Regelwerke (§ 1 Abs. 2)

2.1 In den Verdingungsunterlagen genannte technische Regelwerke sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 4.

2.2 Die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und den übrigen Verdingungsunterlagen genannten DIN-Normen sind in der drei Monate vor dem Eröffnungs-/Einreichungstermin gültigen Fassung maßgebend.

3. Preisermittlungen (§ 2)

3.1 Der/die AN hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung der Auftraggeberin verschlüsselt zur Aufbewahrung zu übergeben.

Die Auftraggeberin darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der/die AN davon rechtzeitig verständigt und ihm/ihr freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Dazu stellt der/die AN das Kennwort der Auftraggeberin zur Verfügung. Die Preisermittlung wird danach wieder geschlossen.

Die Preisermittlung wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung von der Auftraggeberin gelöscht.

3.2 Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 oder 8 Nr. 2 Preise zu vereinbaren, hat der/die AN auf Verlangen seine/ihre Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

4. Änderung des Mengenansatzes bei Stundenlohnarbeiten (§ 2 Abs. 3)

Bei Stundenlohnarbeiten gelten die vereinbarten Verrechnungssätze unabhängig von der Anzahl der geleisteten Stunden.

5. Ausführungsunterlagen (§ 3)

5.1 Die Auftraggeberin ist nicht verpflichtet, sämtliche Ausführungsunterlagen bei Arbeitsbeginn vorzulegen. Sie werden vielmehr dem Baufortschritt entsprechend zur Verfügung gestellt, sofern sie nicht ohnehin von dem/ der AN erstellt werden müssen. Der/die AN hat der Auftraggeberin den

Zeitpunkt, zu dem er/sie die von der Auftraggeberin zu liefernden Unterlagen benötigt, möglichst frühzeitig anzugeben, damit die Übergabe rechtzeitig erfolgen kann.

5.2 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die von der Auftraggeberin als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind. Über Art und Umfang dieser Unterlagen ist Einvernehmen herzustellen. Die Verantwortung und Haftung des/der AN, insbesondere nach § 3 Abs. 3 Satz 2, § 4 Abs. 2 u. 3 sowie § 13 werden durch Absatz 2 nicht eingeschränkt.

5.3 Umfassen die ausgeschriebenen Arbeiten vorgefertigte Bauteile, hat sich der/die AN vor Abgabe seines /ihres Angebotes ausreichend darüber zu informieren, welche Unterlagen für die Fertigung und Montage bauseitig zur Verfügung gestellt werden. Sind weitere Unterlagen erforderlich, so hat sie der/die AN anzufertigen, die Kosten dafür in seine/ihre Kalkulation einzubeziehen und die von ihm/ihr für die Erstellung der Unterlagen benötigte Zeit bei seinen/ihren Terminangaben zu berücksichtigen. Nachforderungen für die von dem/der AN zu fertigenden Pläne sind ausgeschlossen; zeitliche Verzögerungen gehen zu seinen/ihren Lasten.

6. Veröffentlichungen, Vervielfältigungen (§ 3)

Der/die AN darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin vornehmen.

7. Baustelle, Baubereich (§ 4)

7.1 Die Bezeichnungen "Baustelle" und "Baubereich" werden in folgendem Sinne verwendet:

Baustelle: Flächen, die die Auftraggeberin zur Ausführung der Leistung, für die Baustelleneinrichtung und zur vorübergehenden Lagerung von Stoffen und Bauteilen zur Verfügung stellt, zuzüglich der Flächen, die der/die AN darüber hinaus in Anspruch nimmt.

Baubereich: Baustelle und die Umgebung, die durch die Ausführung der Bauarbeiten beeinträchtigt werden kann.

7.2 Der/die AN ist verpflichtet, bei den Betreibern der Versorgungsleitungen aktuelle Planunterlagen des Baubereiches einzuholen.

8. Bautagesberichte (§ 4)

Der/die AN ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und der Auftraggeberin täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

9. Baustellenräumung (§ 4)

Von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend instand zu setzen, sofern nichts anderes vereinbart ist.

10. Koordinierung und Bauüberwachung (§ 4)

Der/die AN hat Kontrollprüfungen der Auftraggeberin zu ermöglichen.

11. Werbung

11.1 Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

11.2 Über die Art und das Anbringen von Bauschildern ist Einvernehmen zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer(in) herzustellen. Die Auftraggeberin behält sich vor, an geeigneter Stelle ein Verzeichnis aller beteiligten Auftragnehmer/-innen aufstellen zu lassen.

12. Anlagen im Baubereich (§ 4 Abs. 2)

Sind bestehende Anlagen zu ändern oder zu beseitigen, so hat der/die AN die Zustimmung der Auftraggeberin einzuholen; daneben hat der/die AN den/die Eigentümer(in) bzw. Besitzer(in) der Anlage rechtzeitig von dem Zeitpunkt der Änderung oder Beseitigung zu verständigen.

13. Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und 3)

13.1 Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der/die AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken.

Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der/die AN der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

13.2 Die Entsorgung von Bauschutt, Bodenaushub und Abfällen hat auf einer zugelassenen Deponie oder Recyclinganlage zu erfolgen. Die ordnungsgemäße Entsorgung ist der Auftraggeberin nachzuweisen.

14. Nachunternehmer/-innen (§ 4 Abs. 8)

14.1 Der/die AN darf Leistungen nur an Nachunternehmer/-innen übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind, dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind, die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen und ihren Arbeitnehmern/-nehmerinnen mindestens die für Nordrhein-Westfalen vereinbarten Tariflöhne zahlen. Der/Die AN hat die Nachunternehmer/-innen bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

Er/Sie darf den Nachunternehmern/-innen keine ungünstigeren Bedingungen insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen auferlegen, als zwischen ihm/ihr und der Auftraggeberin vereinbart sind. Auf Verlangen der Auftraggeberin ist dies nachzuweisen.

14.2 Der/die AN muss sicherstellen, dass die Nachunternehmer/-innen die ihnen übertragenen Leistungen nicht weitervergeben, es sei denn, die Auftraggeberin hat zuvor schriftlich zugestimmt; die Nummer 14.1 gilt entsprechend.

15. Kündigung aus wichtigem Grund (§ 8)

Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der/die AN Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des/der AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm/ihr beauftragt oder für ihn/sie tätig sind.

Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

In diesem Fall gilt § 8 Abs. 3, 5, 6 und 7 entsprechend.

16. Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Abs. 4)

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern/Bieterinnen über:

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs-, und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben

sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 22 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind. Solchen Handlungen des/der AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm/ihr beauftragt oder für ihn/sie tätig sind.

17. Haftung der Vertragsparteien, Mitteilung von Bauunfällen (§ 10)

17.1 Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw. des/der AN oder seiner/ihrer Erfüllungsgehilfen auch während der Arbeitsruhe ist Sache des/der AN; die Auftraggeberin ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf ihrem Grundstücken befinden.

17.2 Der/die AN hat Bauunfälle, bei denen Personen oder Sachschaden entstanden ist, der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.

18. Abnahme (§ 12)

18.1 Die Leistung wird förmlich abgenommen; der/die AN hat die Abnahme, ggf. auch Teilabnahme (§ 12 Abs. 2), rechtzeitig schriftlich zu beantragen.

18.2 Der/die AN hat bei der Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und Messgeräte zu stellen.

19. Mängelansprüche (§ 13)

19.1 Nach einer Mängelrüge hat der/die AN die Mängelbeseitigung und deren Zeitpunkt rechtzeitig mit der Auftraggeberin abzustimmen.

19.2 Mängelansprüche und Mängelanspruchspflichten gehen in allen Fällen unter gleichen Bedingungen auf die jeweiligen Rechtsnachfolger der Vertragsparteien über.

20. Abrechnung (§ 14)

20.1 Sind für die Abrechnung Feststellungen auf der Baustelle notwendig, sind sie gemeinsam vorzunehmen; der/die AN hat sie rechtzeitig zu beantragen. Die Beteiligung der Auftraggeberin an der Ermittlung des Leistungsumfangs gilt nicht als Anerkenntnis.

20.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

20.3 In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- | | | |
|-------------------------------|------------------|----------------------------|
| - Auftragnehmer(in) | - Auftraggeberin | - Nummer des Aufmaßblattes |
| - Bezeichnung der Bauleistung | - Los/Titel | - Positionsnummer |

Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: "Aufgestellt:"

20.4 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält die Auftraggeberin, die Durchschriften der/die AN.

20.5 Bei Aufmaß und Abrechnung sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte auf drei Stellen nach dem Komma zu runden. Geldbeträge sind in EURO auf zwei Stellen nach dem Komma zu runden.

20.6 Für fertiggestellte Teile der Leistung oder der Teilleistungen hat der/die AN unabhängig von den Aufstellungen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 endgültige Mengenberechnungen aufgrund von Zeichnungen oder gemeinsamen Feststellungen vorzulegen.

20.7 Stellt der/die AN seine/ihre Abrechnungen mit DV-Anlagen auf, müssen die verwendeten Rechenprogramme den REB-Verfahrensbeschreibungen entsprechen. Liegen keine REB-Verfahrensbeschreibungen vor, dürfen mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin auch andere Programme verwendet werden.

21. Preisnachlass/ Skonto (§§ 14 und 16)

21.1 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als v.H.-Satz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind. Dies gilt auch, wenn der Preisnachlass auf die Angebots- oder Auftragssumme bezogen ist. Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

21.2 Von dem/der AN angebotenes Skonto wird von jedem Abschlags- und Schlussrechnungsbetrag abgezogen, für den die geforderten Zahlungsfristen eingehalten werden. Soweit Skonto vereinbart ist, beginnen die Skontofristen mit dem Tag des Eingangs der prüfbaren Rechnungen (Eingangsstempel der Empfangsstelle).

22. Rechnungen (§§ 14 und 16)

22.1 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; Die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.

22.2 In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung ggf. abgekürzt wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.

22.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der/die AN zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

22.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

23. Stundenlohnarbeiten (§ 15)

Die Stundenlohnzettel müssen zusätzlich zu § 15 Abs. 3 folgende Angaben enthalten:

- das Datum
- die Bezeichnung der Baustelle
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle
- die Art der Leistung
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen
- die Gerätekenngößen

Die Originale der Stundenlohnzettel behält die Auftraggeberin, die bescheinigten Durchschriften erhält der/die AN.

24. Zahlungen (§ 16)

24.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in EURO geleistet.

24.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrages an die Post oder Geldanstalt.

24.3 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin an den/die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte(n) Vertreter(in) der Arbeitsgemeinschaft (federführendes Mitglied) oder nach dessen/deren schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

24.4 Auf Antrag werden Abschlagszahlungen gewährt für Stoffe und Bauteile, die auf der Baustelle angeliefert, aber noch nicht eingebaut sind, soweit sie unter Berücksichtigung der Grundsätze wirtschaftlicher Betriebsführung für einen reibungslosen Bauablauf notwendig sind, sowie für Bauteile, die für die geforderte Leistung eigens angefertigt und bereitgestellt sind.

24.5 Abschlagszahlungen nach Nr. 24.4 werden in Höhe von 70 v. H. des Wertes der Stoffe und Bauteile gewährt; diese werden bewertet soweit für sie nicht Vertragspreise vereinbart sind:

bei Fremdbezug: zu Einkaufspreisen

bei Entnahme aus dem Lager des/der AN: zu Wiederbeschaffungspreisen;

bei Eigenfertigung: zu Herstellungskosten (Werkstoffkosten, Fertigungslohnkosten und Fertigungsgemeinkosten).

24.6 Für Abschlagszahlungen nach Nr. 24.4 hat der/die AN Aufstellungen einzureichen, aus denen Menge, Wert und Zeitpunkt der Anlieferung oder der Bereitstellung der zur Ausführung der Leistungen benötigten Stoffe und Bauteile hervorgehen.

24.7 Für Abschlagszahlungen nach Nr. 24.4 ist stets Sicherheit durch Bürgschaft gem. Nr. 28 ZVB zu leisten.

24.8 Werden Vorauszahlungen zum Einkauf von Baustoffen gegen Vorlage einer Bürgschaft gem. Nr. 28 ZVB gewährt, erfolgt ein Skontoabzug von 2 %.

25. Überzahlungen (§ 16)

25.1 Bei Rückforderungen der Auftraggeberin aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der/die AN nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

25.2 Im Falle einer Überzahlung hat der/die AN den zu erstattenden Betrag ohne Umsatzsteuer vom Empfang der Zahlung an nach dem aktuell gültigen Verzugszinssatz zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen. § 197 BGB findet Anwendung.

26. Abtretung (§ 16)

26.1 Forderungen des/der AN gegen die Auftraggeberin können **ohne** Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaiger Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur **mit** schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen ihn wirksam.

26.2 Eine Abtretung wirkt gegenüber der Auftraggeberin erst,

- wenn sie ihr von dem/der alten Gläubiger/-in (Auftragnehmer/-in) und von dem/der neuen Gläubiger/-in unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages unter Verwendung des vorgegebenen Formblattes der Auftraggeberin schriftlich angezeigt worden ist und

- wenn der/die neue Gläubiger/-in dabei folgende Erklärung abgegeben hat:

"Ich erkenne an,

- a) dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,
- b) dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den/die bisherige(n) Gläubiger/-in begründet waren,
- c) dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,
- d) dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber der Auftraggeberin nicht wirksam ist. Zahlungen, die die Auftraggeberin nach der Abtretung an den/die AN leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige bei der Auftraggeberin bis zum Tag der Zahlung (Barzahlung), Abgang des Überweisungsauftrages oder des Schecks an die Kasse noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der/die die Zahlung bearbeitende Kassenbeamte/-beamtin schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte."

26.3 Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert aufzuzeigen.

27. Sicherheitsleistung (§ 17)

27.1 Die Sicherheit für Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung und Schadensersatz, sowie auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen.

27.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Ansprüche auf Mängelhaftung einschließlich Schadensersatz sowie auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen.

28. Bürgschaften (§§ 16 und 17)

28.1 Ist Sicherheit durch Bürgschaft für Vertragserfüllung, Mängelansprüche, Abschlagszahlungen oder Vorauszahlungen zu leisten, ist die Bürgschaft von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer zu stellen.

28.2 Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen/der Bürgin:

Der Bürge/die Bürgin übernimmt für den/die AN die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.

Auf die Einreden der Vorklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.

Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

Gerichtsstand ist der Sitz der Auftraggeberin.

28.3 Entfällt.

28.4 Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur **e i n e r** Urkunde zu stellen.

29. Verträge mit ausländischen Auftragnehmern/Auftragnehmerinnen (§ 18)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern/-partnerinnen gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, für ein evtl. gerichtliches Verfahren das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

30. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers/der Auftragnehmerin

Geschäftsbedingungen des/der AN, insbesondere Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand gelten nur dann, wenn sie von der Auftraggeberin ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

31. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen

Der/die AN hat die für die Einrichtung und den Betrieb der Baustelle erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und Erlaubnisse einzuholen und etwaige hierbei entstehende Kosten zu tragen.

32. Sprache

32.1 Alle schriftlichen Äußerungen des/der AN müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen, Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten), sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

32.2 Der/die AN hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der/die AN dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch die Auftraggeberin nicht nach, so ist die Auftraggeberin berechtigt, einen Dolmetscher/eine Dolmetscherin auf Kosten des/der AN heranzuziehen.

33. Teilunwirksamkeit

Sollte eine Bestimmung des Vertrages unwirksam sein, so hat dies keinen Einfluss auf die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen.

34. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.